

Verbraucherschützer warnen vor Internetabos

Dubiose Betreiber drohen mit Klage und machen Kasse

LUDWIGSBURG. Zwei Brüder aus Hessen halten die Verbraucherschützer in Atem. Mit dubiosen Internetabos versuchen sie, arglose Nutzer wie den 24-jährigen Stephan Hermann aus Ludwigsburg zu ködern. Tausende Betroffene haben Strafanzeige gestellt.

Von Markus Klohr

Es ist nicht gerade so, dass Stephan Hermann keine anderen Probleme hätte. Der 24-jährige aus dem Ludwigsburger Stadtteil Eglosheim lebt von Hartz IV. Als Hilfskraft verdient er sich in einer Tammer Gaststätte ein paar Euro dazu. Außerdem geht er seinem Vater zur Hand, der Probleme beim Gehen hat und etwa beim Einkaufen Unterstützung braucht. Er muss viel Hausarbeit erledigen, aber Hausaufgaben bekommt Stephan Hermann keine mehr. Aus dem Alter ist er raus.

Deshalb hat er sich ziemlich gewundert, als er neulich Post von einem Anwalt bekommen hat. Er habe sich vor einigen Monaten auf der Homepage www.hausaufgaben-heute.com angemeldet, hieß es dort. Unwirsch wurde er dazu aufgefordert, 84 Euro für ein einjähriges Onlineabo plus 39 Euro Verzugsgebühren zu bezahlen. In dem Schreiben tauchen Formulierungen wie „gerichtlich geltend machen“ oder „strafrechtliche Konsequenzen“ auf. „Ich war gar nicht auf der Seite“, sagt Hermann und wundert sich vor allem darüber, dass die Betreiber ihm keine Rechnung geschickt, sondern ihm gleich per Anwalt gedroht haben.

Ein Anwalt rät: nicht bezahlen!

Die Seite [hausaufgaben-heute.com](http://www.hausaufgaben-heute.com) ist eine von zahlreichen Internetangeboten der Gebrüder Andreas und Manuel Schmidlein aus Büttelborn (Hessen). Für fast alle Lebensbereiche von Vornamen und Gedichte übers Basteln bis hin zu Drogen haben die Brüder eine Homepage ins Netz gestellt. Die meisten der Seiten haben die Endung „-heute.com“. Über deren Inhalt gehen die Meinungen auseinander. Während in einschlägigen Foren oft davon die Rede ist, dass die dort erhältlichen Informationen anderswo auch gratis erhältlich seien, liegen der baden-württembergischen Verbraucherschutzstelle keine derartigen Beschwerden vor.

Stephan Hermanns Glück war in diesem Fall, dass er in einem ähnlichen Fall schon einmal fast Pech gehabt hätte. Vor anderthalb Jahren war er von einem dubiosen Internetanbieter ähnlich brüsk abgemahnt worden. Damals nahm er die Dienste des Tammer Anwalts Thomas Tempel in Anspruch. Er riet ihm, vorerst nicht zu bezahlen und stattdessen Einspruch einzulegen. „Irgendwann“, sagt Tempel, „verläuft sich die

Sache im Sand.“ Die Masche funktioniere nur deshalb, weil viele Betroffene eingeschüchtert seien und zahlen, um ihre Ruhe zu haben. Kaum einer stelle Strafanzeige, weil das etwa 170 Euro koste.

Stephan Hermann ist mit seinem Schmidlein-Problem nicht allein. Bei der Polizeidirektion Ludwigsburg sind im vergangenen Jahr zehn Anzeigen eingegangen. In der Region Stuttgart dürften es an die hundert sein. „Wir haben massenweise Beschwerden“, sagt Beate Horsch von der Verbraucherzentrale in Stuttgart. „Ganz, ganz viele bezahlen, sobald ein Schreiben vom Anwalt kommt“, sagt die Expertin für Telekommunikation.

Abos sind rechtlich anfechtbar

Bundesweit haben mittlerweile etwa 3000 Betroffene Strafanzeige wegen Betruges gestellt. „Wir haben ordentlich damit zu tun“, sagt Rolf Rolvien von der Polizei in Rüsselsheim, wo die Anzeigen wegen des Tatortprinzips gesammelt werden. Er und seine Kollegen seien zurzeit damit beschäftigt, die Festplatten einiger Geschädigter zu überprüfen, um Beweise gegen die Schmidleins zu sammeln. Ein Großteil derjenigen, die Anzeige erstattet hätten, beteuere, nie auf den Seiten gewesen zu sein.

Wer eine Mahnung von den Schmidleins erhalte, solle aber „auf jeden Fall widersprechen“, rät die Verbraucherschützerin Beate Horsch. Dafür gebe es bei den Verbraucherzentralen Musterbriefe für verschiedene Fälle. Minderjährige müssten grundsätzlich nicht bezahlen. Bisher habe sie noch von keinem Fall gehört, in dem die Schmidleins gerichtlich gegen einen Widerspruch vorgegangen seien. Zwar hätten die Brüder ihre Seiten nach einer Abmahnung des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen im vergangenen Jahr verändert. Nach wie vor sei das Zustandekommen des meist zweijährigen Abonnements für 168 Euro aber rechtlich anfechtbar. Weil die Schmidleins trotz mehrerer Abmahnungen weiter unlautere Werbung betrieben hätten, hat der Bundesverband ein Gewinnabschöpfungsverfahren eingeleitet. Die Sache wird am 27. März vor dem Landgericht Darmstadt verhandelt. Wenn die Schmidleins verlieren, müssen sie einen Teil ihres Gewinns an die Staatskasse abführen.

Weder die Schmidleins noch ihr Anwalt waren gestern telefonisch oder per E-Mail für eine Stellungnahme zu erreichen. Der Anwalt der Schmidleins weist auf seiner Homepage (www.forderungseinzug.de) darauf hin, dass die Brüder vor Gericht auch schon Prozesse gewonnen haben. Allerdings geht es dabei nur um Betroffene, die entweder keinen Widerspruch eingelegt oder mit den Schmidleins eine Ratenzahlung vereinbart haben. Das Problem ist laut Beate Horsch: wer das Geld überweise, der sorge



Stephan Hermann ist nicht der Einzige, der die Schmidlein-Brüder für Abzocker hält. Foto factum

dafür, dass ein rechtmäßiger Vertrag entstehe. Wie schwer es ist, den später anzufechten, weiß ein Betroffener, der zurzeit eine Zivilklage gegen die Schmidleins vor dem Amtsgericht Groß-Gerau am Laufen hat. „Wer die Forderung für unberechtigt hält, der sollte sie nicht bezahlen“, sagt ein Sprecher des Gerichts.

Stephan Hermann hat das nicht vor. „Die glauben, mit mir können sie's machen“, sagt

der 24-Jährige und verweist auf sein Alibi: „Ich geh gar nicht mehr zur Schule, was soll ich dann auf [hausaufgaben-heute.com](http://www.hausaufgaben-heute.com)?“

■ Betroffene können sich bei der baden-württembergischen Verbraucherschutzstelle beraten lassen. Die Homepage lautet www.vz-bawue.de. Eine telefonische Beratung unter 09 001 77 44 41 kostet 1,75 Euro pro Minute.

Schultes stellt sich vor die Feuerwehr

DITZINGEN (ceb/kew). Die Brandserie in Hirschlanden, der am Samstag der Ausbau der Theodor-Heuglin-Schule zum Opfer gefallen ist, gehe nicht auf das Konto eines Feuerwehrmannes. Das hat der Bürgermeister Ulrich Bahmer betont.

Nach dem Feuer im Anbau der Grund- und Hauptschule Hirschlanden-Schöcklingen am Samstag stellt sich die Ditzinger Verwaltung schützend vor die Einsatzkräfte. „Es kann ausgeschlossen werden, dass es ein Mitglied der Feuerwehr war“, sagte der Bürgermeister Ulrich Bahmer in einer Ausschusssitzung. Bahmer, in dessen Zuständigkeit die Feuerwehr fällt, betonte, die Polizei und die Führung der Wehr hätten dies untersucht. Laut einer bundesweiten Statistik gehen bis zu 15 Prozent aller Brandstiftungen auf das Konto von Mitgliedern der Feuerwehr. In Hirschlanden entstand seit August bei 29 Brandstiftungen ein Schaden von 600 000 Euro.

Bahmer reagierte mit seiner Klarstellung auf eine Anfrage des CDU-Fraktionsvorsitzenden Rolf Feil, der sein Unverständnis darüber ausdrückte, dass noch kurz vor dem Brandausbruch an der Theodor-Heuglin-Schule der von der Stadt beauftragte Wachdienst vor Ort vorbeigeschaut, aber nichts bemerkt hatte. Offenbar wisse der Täter, wann die Kontrollen seien. „Da muss es doch irgendwo eine undichte Stelle geben“, sagte Feil.

Ludwigsburg fordert ein Nachtfahrverbot für Lastwagen

In der Südstadt sind die Lärmgrenzwerte überschritten – Die Entscheidung liegt jetzt beim Stuttgarter Regierungspräsidium

LUDWIGSBURG. Die Stadt Ludwigsburg hat für zwei Straßen ein Nachtfahrverbot für lärmende Lastwagen beantragt. Die Ausweichroute führt durch Kornwestheim. Dort fürchtet man aber eher die Folgen der Fahrverbote für „Stinker“ bei den Nachbarn.

Von Gaby Mayer-Grum

Schon lange klagen Anwohner der Hohenzollernstraße und der Solitudeallee über Verkehrslärm. Insbesondere in den Nachtstunden sei die Belastung durch Lastwagen hoch, bestätigt die Stadt Ludwigsburg. Der Lastwagenverkehr aus dem Gewerbegebiet Kornwestheim-Nord fließe über diese Route. Das Gros der Lastwagen rollt – die Strecke gilt unter Brummifahrern als Abkürzung – zur Anschlussstelle Ludwigsburg-Süd der A 81.

Um die Anwohner zu entlasten, hatte Ludwigsburg im September beim Regierungspräsidium Stuttgart (RP) ein Nachtfahrverbot beantragt. Vorausgegangen war ein Gutach-

ten. Im Auftrag der Stadt hatte ein Ingenieurbüro im März vergangenen Jahres die Lärmbelastung in der Hohenzollernstraße und der Solitudeallee in der Zeit von 22 bis 6 Uhr gemessen. Das Ergebnis: der Grenzwert von 60 Dezibel wurde in beiden Straßen überschritten. Ein Nachtfahrverbot kann es aber nur geben, wenn Alternativstrecken vorhanden sind. In Frage kommen nach der Vorstellung der Ludwigsburger Verwaltung die Westrandstraße und die Bundesstraße 27a – eine Strecke, die laut Gerald Winkler, Fachbereichsleiter für Sicherheit und Ordnung, nur unwesentlich länger ist als die Fahrt durch Ludwigsburgs Süden. Mit einer entsprechenden Umleitung wäre den Anwohnern zumindest nachts geholfen, meint Winkler.

Den Vorschlag aus Ludwigsburg haben die Kornwestheimer „weder mit besonderem Wohlwollen noch mit Ablehnung“ zur Kenntnis genommen, sagt der städtische Pressesprecher Thomas Deuschle. Eine Umleitung über die B 27a könne die Stadt aber tolerieren, zumal diese Verkehrsführung auch in Kornwestheimer Lastwagen-Lenkungskon-

zept vorgesehen sei. Ohnehin könne Kornwestheim nichts gegen ein Nachtfahrverbot unternehmen: „Das Regierungspräsidium muss unsere Zustimmung nicht einholen.“

Eine Stellungnahme Kornwestheims wird Ludwigsburg in den kommenden Wochen einholen und ans RP weiterreichen. Dort werde der Vorgang geprüft, sagt der RP-Sprecher Marc Frank. Wann das Regierungspräsidium entscheidet, ist noch unklar. „Uns wäre es aber recht, wenn wir alsbald etwas hören“, sagt der Fachbereichsleiter Gerald Winkler. „Kornwestheim sollte zustimmen“, sagt er, schon aus praktischen Gründen: Auf Kornwestheimer Markung müssten Schilder platziert werden, die das Nachtfahrverbot signalisieren, damit Lkw-Fahrer noch rechtzeitig wenden und die Alternativstrecke fahren könnten. Bezahlen, erklärt Thomas Deuschle, müsse Ludwigsburg die Schilder.

Sorgen bereiten den Kornwestheimern aber vielmehr die Folgen des Fahrverbots für schadstofffrüchtige Altfahrzeuge, das in Ludwigsburg vom 1. Juli an gelten soll. Da nicht alle betroffenen Fahrzeughalter ihr Auto

Der erste Bauabschnitt beginnt nach der jetzigen Planung erst im Frühjahr 2009, genau dann also, wenn der Fachklassentrakt steht. Die Bauarbeiten dafür sollen diesen Sommer beginnen. In derselben Zeit wird auch die Feuerseehalle zur Mensa umgebaut. Im Herbst 2012 soll der vierte und letzte Bauabschnitt des Goethe-Gymnasiums und der Justinus-Kerner-Schule vollendet sein. Diese Sanierung kostet die Stadt 8,2 Millionen Euro. Weitere 7,5 Millionen Euro sind für den Fachklassentrakt und den Umbau der Feuerseehalle bestimmt. 1,7 Millionen Euro davon zahlt das Land.

Allerdings ist es nicht so, dass vor lauter Campus die anderen Schulen in Ludwigsburg zurückstecken müssten. So steht in diesem Jahr die Erweiterung der Uhlandschule an (1,35 Millionen Euro); 2009 beginnt die Vergrößerung der Osterholzschele (rund 4 Millionen Euro); die Sanierung der Friedrich-von-Keller-Schule in Neckarweihingen (1,5 Millionen Euro) wurde um ein Jahr vorverlegt und ist nun Anfang 2009 geplant. Bereits saniert wurden die Eberhard-Ludwig-Schule in Eglosheim (2 Millionen Euro) und die Schöllslesfeldschule (2,5 Millionen Euro).

„Wenn die Bauarbeiten beendet sind, haben wir wirklich die modernste Schule“, sagt der Rektor Joachim Richter, der zu diesem Zeitpunkt aber bereits im Ruhestand sein wird. Bis dahin freut sich der 62-Jährige über ein paar Eimer Farbe von Werner Kuhn.

Die Campusidee hat Vorfahrt

Für ein gemeinsames Schulgelände müssen Einzelmaßnahmen vorerst zurückstehen

LUDWIGSBURG. Die verschobene Sanierung des Goethe-Gymnasiums und der Justinus-Kerner-Schule in Ludwigsburg ärgert Eltern, Schüler und Lehrer, denn die Arbeiten sind nötig und waren lange geplant. Doch es gibt einen Grund für die Verzögerung.

Von Verena Mayer

Joachim Richter kennt die Beschwerden mancher Eltern: dass in einigen Klassenzimmern des Ludwigsburger Goethe-Gymnasiums die Farbe von den Wänden blättere, dass das Mauerwerk Löcher habe und kaputte Vorhänge vor den Fenstern hingen. Kurzum, dass das Lernen in solch einer Atmosphäre doch keinen Spaß machen könne.

Werner Kuhn kennt die Anfragen von Joachim Richter. Immer wieder bekommt der Leiter des städtischen Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft vom Rektor des Goethe-Gymnasiums einen Brief, in dem er von den Beschwerden berichtet und sprichwörtlich um ein paar Eimer Farbe bittet – damit die Schüler die größten Mängel wenigstens in Eigenregie ausbessern können. „Das ist schon ein Problem“, sagt Richter über die verschobene Sanierung seiner Schule. „Die Beschwerden sind nachvollziehbar“, sagt Kuhn. Dabei ist es keineswegs so, dass das Goethe-Gymnasium und die angegliederte

Mobilfunkmast erhitzt Bürger in Pattonville

Anlieger kritisieren Stadt

REMSECK. Zwischen den Bewohnern in Pattonville und der Remsecker Verwaltung herrscht Spannung. Vor gut einem Monat ist ein neuer Mobilfunkmast in Betrieb gegangen. Die Bürger befürchten Gesundheitsschäden und Wertverlust ihrer Wohnungen.

Von Steffen Rometsch

Mehr als 100 Pattonviller Bürger nutzen am Montagabend im Bürgerzentrum die Gelegenheit, um über gesundheitliche und wirtschaftliche Folgen des neuen Mobilfunkmastes sowie Alternativen zu diskutieren. Die Sorgen der Anwohner konnte die Diskussion allerdings nicht zerstreuen.

Gut 32 Meter hoch ragt der Mobilfunkmast am nordöstlichen Ortsrand der ehemaligen US-Siedlung in den Himmel. Zwei Aspekte haben gut 25 Bewohner dazu bewogen, eine Bürgerinitiative zu gründen, um gegen das neue „Wahrzeichen des Stadtteils“ zu Felde zu ziehen: Zum einen fürchten sie gesundheitliche Beeinträchtigungen durch die elektromagnetische Strahlung der Sendeanlage, zum anderen sehen sie eine drastische Wertminderung ihrer Immobilien.

„Eine Verlegung der Anlage steht für uns nicht zur Diskussion“, machte Marcus Staschenuk vom Mobilfunkanbieter Vodafone deutlich. Dass sich der Netzbetreiber dazu umstimmen lässt, daran haben selbst die Mobilfunkgegner schon vor dem Diskussionsabend nicht geglaubt. Deshalb kritisierte Michael Uhe, der Sprecher der Bürgerinitiative, die Verwaltung der Stadt Remseck, auf deren Gemarkung der inzwischen in Betrieb genommene Mast errichtet wurde. „Diese Veranstaltung hätte schon vor zwei Jahren stattfinden müssen“, sagte er an die Adresse von Remsecks OB Karl-Heinz-Schlumberger, zugleich Vorsitzender des Zweckverbands Pattonville.

„Die Mobilfunkdiskussion ist nicht vergnügungssteuerpflichtig“, sagte Schlumberger. Er habe „ausschließlich bei der Erteilung der Baugenehmigung ein bescheidenes Mitspracherecht“, die Netzbetreiber jedoch könnten einen gesetzlichen Anspruch auf den Bau einer solchen Anlage anmelden.

Mit der Aussage, man hätte den Sendemast von Kindergärten und Schulen fern gehalten, wollten sich die Mobilfunkgegner jedoch nicht zufrieden geben. „Allein auf Remsecker Seite von Pattonville wohnen 591 Kinder unter zwölf Jahren und insgesamt 783 Kinder unter 16 Jahren“, rechnete Carmen Sittner von der Bürgerinitiative vor. „Man hat uns den Sendemast direkt vor die Haustür gesetzt, wo unsere Kinder wohnen, spielen und schlafen.“ „Wir unterschreiten die Grenzwerte deutlich. Wir liegen im Moment unter einem Prozent des zulässigen Grenzwerts“, versuchte Vodafone-Vertreter Staschenuk zu beruhigen. Darüber hinaus bot er an, mit Vertretern der Bürgerinitiative Messungen der Strahlenbelastung vorzunehmen. Die Gegner fürchten jedoch, dass der UMTS-Sendemast Stück für Stück aufgerüstet wird und sich damit auch die Strahlung weiter erhöht.

WAS · WANN · WO

APOTHEKEN

Besigheim, Bietigheim-Bissingen, Bönnigheim, Erligheim, Freudental, Gemmingheim, Helsingheim, Kirchheim, Löchgau, Sachsenheim, Walheim: Sonnen, Kirchheim, Schillerstraße 59, 071 43 / 9 47 90.

Ditzingen, Hemmingen, Mönchingen, Schöcklingen: Bahnhof, Ditzingen, Gerlingerstraße 18, 071 56 / 95 96 96 (Dienst von 8.30 bis 8.30 Uhr).

Asperg, Ludwigsburg, Kornwestheim, Remseck: am Wettermarkt, LB-Obweil, Westfalenstr. 29, 071 41 / 29 08 03 und Central, Schwieberdingen, Vaihinger Straße 4, 071 50 / 3 23 03 (Dienst von 8.30 bis 8.30 Uhr).

Marbach, Benningen, Affalterbach, Erdmannshausen, Murr, Rielingshausen, Großbottwar, Steinheim: Lemberg, Affalterbach, Marbacher Str. 8 + 16, 071 44 / 3 64 99.

Vaihingen/Enz, Horrheim, Illingen, Sersheim, Enzweihingen, Kleinglattbach: am Bergle, Vaihingen, Schillerstr. 46, 070 42 / 50 63.

Feuerbach und Stuttgarter Norden samt Gerlingen und Korntal: Hirsch, Zuffenhausen, Straßburger Str. 69, 07 11/87 52 26.

KULTUR ET CETERA

Ludwigsburg: Residenzschloss, Löwenbrunnen im Mittleren Schloßhof, Schlossstraße 30: Kronleuchter und Augenfunken, Schloßführung mit Edmund Banhart; Anmeldung: 071 41/18 20 04, 18 Uhr.

KINDERSPASS

Ludwigsburg: Kulturzentrum, Stadtbibliothek, Wilhelmstraße 9/1: Kibü-Kerle-Club, für Jungs von sieben bis zehn Jahren, 16 Uhr.

Schwieberdingen: Bürgerhaus, Bahnhofstraße 14: Der Zauberlehrling, Figurentheater (ab 5 Jahren) – Klick-Klack-Theater, Niederbergkirchen, 15 Uhr.

VORTRÄGE

Asperg: Glasperlenspiel, Kelterstraße 5: Ich liebe mich so, wie ich bin, Referent: Hubertus von Schönebeck, 20 Uhr.

Ludwigsburg: Bischof-Spörrl-Haus, Schorndorfer Straße 31: Der Jakobsweg – Im Heiligen Jahr nach Santiago, Panoramavision von Peter Butzke, 19.30 Uhr.

VERSCHIEDENES

Ludwigsburg: Kunsteisbahn, Fuchshofstraße 50: Musik der 80er Jahre, 19 Uhr. (Weitere Hinweise in unserem Stuttgarter Veranstaltungsteil)